

Jan Bauer und die CDU-Landtagsfraktion verurteilen Gewalt gegenüber Einsatzkräften.

Im Januar-Plenum wird die CDU-Fraktion einen Antrag im niedersächsischen Landtag einbringen mit dem Ziel, Einsatz- und Rettungskräfte wie Polizei, Feuerwehr und Unfallhelfer besser vor Angriffen zu schützen: **„Mehr Respekt und Anerkennung gegenüber Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst – Einsatzkräfte besser und dauerhaft vor Angriffen schützen!“**

Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten müssen durch Sofortmaßnahmen besser vor Angriffen geschützt werden. Täglich sorgen Polizistinnen und Polizisten sowie Angehörige der Feuerwehr und der Rettungsdienste für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Oft riskieren sie dabei ihre Gesundheit oder gar ihr Leben. Sie verdienen daher besonderen Schutz, Respekt und Anerkennung.

In der Silvesternacht kam es in mehreren deutschen Städten, insbesondere in Berlin, zu zahlreichen Angriffen auf die Polizei und Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdiensten. Gewaltbereite Personen beschossen Polizistinnen und Polizisten sowie Feuerwehrleute bei Löscharbeiten gezielt mit Pyrotechnik. Auch in Niedersachsen wurden zu Silvester zahlreiche ähnliche Gewalttaten registriert. So wurden in Hannover Polizisten und Angehörige der Feuerwehr mit Feuerwerk gezielt attackiert. In Garbsen beschossen sich zwei rivalisierende Jugendgruppen mit Feuerwerkskörpern, bei einem Einsatz wurden drei Feuerwehrleute verletzt. Auch in Peine kam es zu Übergriffen auf Polizisten. So wurden Polizeikräfte aus einer etwa 60köpfigen Menschenmenge heraus gezielt mit Böllern und Feuerwerk attackiert. Eine Polizistin wurde durch einen explodierenden sog. Polenböllern verletzt.

Die Ereignisse zum Jahreswechsel 2022/23 in Niedersachsen müssen umfassend analysiert und aufgearbeitet werden. Mit Blick auf die seit Jahren ansteigende Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungsdienste ist hierbei von besonderer Bedeutung, welche Motive und Gründe für die Gewaltexzesse ausschlaggebend sind. Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung aufgefordert:

1. unverzüglich ein umfassendes Lagebild zu den Ereignissen in der Silvesternacht zu erstellen und dem Landtag vorzulegen. In diesem Bericht sind Art und Anzahl der Angriffe auf Angehörige der Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste aufzuführen und möglichst genaue Angaben zu den Täterinnen und Tätern und ihrer Motivation zu machen.
2. dem Landtag und der Öffentlichkeit ein niedersachsenweites Lagebild zur Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes für das Jahr 2021 vorzulegen und dieses für die kommenden Jahre fortzuschreiben,
3. in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenenengruppen unter Einbeziehung der Gewerkschaften und der kommunalen Spitzenverbände sowie der Wissenschaft einen Aktionsplan zum Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ zu erarbeiten mit den Zielen
 - Steigerung des Respekts und der Anerkennung in der Bevölkerung gegenüber Bediensteten in der Polizei, der Feuerwehr und im Rettungsdienst sowie ehrenamtlich Tätigen,
 - konsequente und ausnahmslose Verfolgung von Straftaten und Beschleunigung der Strafverfahren durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden sowie eine vollumfängliche Ausschöpfung des Strafrahmens,
 - spezielle Unterstützungsangebote für Gewaltopfer einschließlich eines umfassenden Rechtsschutzes für die Betroffenen, um insbesondere zivilrechtliche Ansprüche gegenüber den Täterinnen und Tätern durchsetzen zu können. Grundsätzlich muss zukünftig der Dienstherr für die Betroffenen die Gerichtsverfahren führen, anfallende Prozesskosten übernehmen sowie für bestehende Schmerzensgeldansprüche einstehen und damit das Regressrisiko gegenüber den Täterinnen und Tätern tragen.
4. die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass nicht nur Polizistinnen und Polizisten, sondern auch Angehörige der Feuerwehr und des Rettungsdienstes mit personengebundenerameratechnik (sogenannte Bodycams) ausgestattet werden können,
5. alle Fahrzeuge der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes mitameratechnik (so genannte Dashcams) auszustatten, um das Einsatzgeschehen lückenlos aufzeichnen und im Fall von Straftaten diese besser verfolgen zu können,
6. zu prüfen, inwieweit die Ausrüstung und Bekleidung bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst verbessert werden können, um die Einsatzkräfte besser vor Angriffen und deren gesundheitlichen Folgen zu schützen.